

Andrea Maurer

# Marktkritik als Kapitalismusanalyse?

## 1 Klassische Zugänge zum Zusammenhang von Markt und Krise

Der kapitalistischen Wirtschaftsform werden je nach theoretischer Position zum einen die Fähigkeit zugeschrieben, wirtschaftliches Wachstum und materiellen Wohlstand hervorzubringen und zum anderen unkalkulierbare materielle und soziale Krisen zu verursachen. Das Potential kapitalistisch organisierter Wirtschaftssysteme zur Steigerung der Produktion und Verteilung begehrter Güter und Dienstleistungen beizutragen, wurde von frühen politischen Ökonomen wie Adam Smith in England und im Anschluss daran dann auch durch die Vertreter der modernen ökonomischen Theorie von v. Hayek über Keynes bis Friedman hervorgehoben. Aber auch in der klassischen Sozialökonomik – insbesondere von Max Weber, Werner Sombart, Joseph A. Schumpeter – wurden die positiven Rationalisierungs- und Abstimmungseffekte hervorgehoben. Dieses klassisch-moderne Denken bezieht sich wesentlich auf die Grundidee des sich selbst über den Preis- und Wettbewerbsmechanismus selbst regulierenden Marktes. Dieser wird dann als die *institutionelle* Rahmung der Produktion beschrieben, welche wohlfahrtssteigernde Effekte ohne zentrale Entscheidungen und Steuerungen hervorzubringen vermag; einerlei, ob diese durch Diktatoren, Expertengruppen oder Mehrheitsentscheidungen zustande kommen.

Den Gegenentwurf dazu hat insbesondere Karl Marx (1867) als grundlegende Entgegnung auf die englische Klassik ausgearbeitet.<sup>1</sup> Das zentrale Argument ist hinlänglich bekannt: die Marktwirtschaft wird von Marx als eine Waren- und Tauschwirtschaft analysiert, in der Güter und Leistungen nicht mehr um ihrer selbst (Gebrauchswert) sondern nur noch um ihres Tauschwertes Willen produziert werden. Aus dem Aufdecken des »Doppelcharakters« aller Waren, zugleich Bedürfnisse zu befriedigen und als Tauschmittel gegen andere Waren zu fungieren, wird die Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft abgeleitet. Tausch wird demnach dann nicht mehr durch Gebrauchswerte bedingt, sondern allein durch die Tauschwertlogik. Geld wird gegen Waren getauscht, um mehr Geld: Profit zu erwirtschaften. Im Kapitalismus, der auf der Trennung von Arbeit und Produktionsmitteln beruht, wird eine spezifische Ware: die Ware Arbeitskraft, in diesem Sinne ausgebeutet, dass sie für ihre Leistungen weniger erhält, als sie Wert schafft. Das Geheimnis der kapitalistischen Warenproduktion ist nach Karl Marx die Mehrwertproduktion und diese das Kernthema der Kapitalismuskritik. Die Aufhebung der Trennung von Ka-

1 Eine dritte – heute weitgehend verschwundene – Position ist die der Historischen Schule, welche im Unterschied zu den beiden anderen Linien von der Verwendung allgemeiner Annahmen und Gesetze absieht, soziale Sachverhalte als historisch einmalig versteht und die Effekte von Markt und Kapitalismus als sozial ungerecht kritisiert hat.

pital und Arbeit und damit die Beseitigung von Ausbeutung und Entfremdung menschlicher Arbeitskraft und der Profitgier privatwirtschaftlicher Unternehmer avancierten zum Topos. Kapitalismuskritik war und ist daher immer auch Krisenanalyse. Die dem dialektischen und historischen Materialismus innewohnende Grundfigur gesellschaftlicher Entwicklung lebt von der dramatischen, nach Auflösung heischenden Spannung zwischen Produktivkraftentwicklung und dem gegebenen Stand der Produktionsverhältnisse, die durch »Klassenkämpfe« transformiert wird. In und aus dieser krisenhaften Zuspitzung folgt dann die Auflösung des Kapitalismus in Folge des Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate, der Verelendung der Arbeiter und der Ausbeutung der Natur. Der Geist dieses von Krisen geschüttelten und letztlich zwangsweise zusammenbrechenden Kapitalismus wandert bis heute durch neo-marxistische Krisendiagnosen. Das Credo dort ist eine Analyse des Kapitalismus als ein von Krisen geschütteltes, nicht reformierbares und letztlich zu überwindendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem.<sup>2</sup>

Kurz und knapp zusammengefasst kann die moderne polit-ökonomische Analyse anhand dieser zwei sich gegenüberstehenden Grundpositionen charakterisiert und Einzelpositionen so verortet werden (s. Abschnitt 4): Erstens der Marx'schen Analyse, welche mit Strukturgesetzen arbeitet und Entwicklungsgesetze menschlicher Gesellschaft sucht und dabei den Kapitalismus als ein vorübergehendes, krisenhaftes Zwischenstadium betrachtet. Demgegenüber steht die Tradition der englischen Aufklärung und der Schottischen Moralphilosophie, welche von der allgemeinen Annahme über das an sich vernünftige, intentionale Handeln der Menschen ausgehend Wirtschaften als Abstimmungs- und Handlungsproblem analysiert, für die der Markt eine relativ gute, wenngleich nicht alternativlose und auch nicht problemfreie Lösung ist.<sup>3</sup>

## 2 Soziologische Krisenanalysen

Die relativ junge Soziologie ist aus dem skizzierten Dualismus zwischen der Schottischen Moralphilosophie und dem Marx'schen Erbe, sowie ergänzt um Einflüsse der Historischen Schule, herausgewachsen. Die divergenten Prämissen und methodologischen Prinzipien durchziehen bis heute die Soziologie und haben nicht wenige Grabenkämpfe als »Methodenstreite« mit einem nicht immer konstruktiven Umgangston und Ergebnis

- 2 Die Unterschiede zwischen neo-marxistischen Positionen und der Analyse von Streeck finden sich in der direkten Reaktion von Michael Brie (2013) auf Streeck zusammengestellt. Dieser wirft Streeck u.a. vor, die Potentiale von (Arbeiter-)Gegenbewegungen ebenso zu übersehen wie die aktuelle marxistische Krisen- und Kapitalismusanalyse; beide Argumente sind aus meiner Sicht nicht berechtigt. Mehr erstaunt mich, dass Parallelen zu anderen Kapitalismus-Analysen – wie etwa denen des Berliner Ökonomen Jürgen Kromphardt (2004) – bislang (noch) nicht hergestellt werden, die sich ebenfalls kritisch mit neoliberalen Konzepten und der möglichen Steuerung von kapitalistischen Wirtschaftssystemen im Sinne Keynes beschäftigen. Eine starke Konkurrenz dürfte das Buch von Herzog und Honneth (2014) werden.
- 3 Nur zu oft wird »überlesen«, dass schon Adam Smith dazu immer auch den sorgsamsten Staat hinzugefügt hat; in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur äußert sich dies darin, dass der Markt, die Hierarchie und soziale Normen als Alternativen begriffen und analysiert werden.

hervorgebracht. So war auch das Verhältnis zwischen der Soziologie und der sich im 20. Jahrhundert zunehmend einheitlich als Standardökonomik konturierenden ökonomischen Theorie von Anfang an von Vorurteilen und einem prekären Zwischenton geprägt, der selbst bei der Bearbeitung von Krisen weiter gepflegt wird. Das gefällt manchen in der Soziologie und wird von nicht Wenigen auch zur eigenen Profilbildung genutzt. Auch Wolfgang Streeck hat die »Gekaufte Zeit« auf die eine oder andere Weise als eine Abrechnung mit der Ökonomik angelegt. Friedrich von Hayek wird von ihm dabei zum Hauptfeind stilisiert. An vielen Stellen macht Streeck gar die gesamte ökonomische Theorie an sich für die Finanzmarktkrise und die von ihm verurteilte Freisetzung der Märkte aus politischen Regulierungen verantwortlich. Dabei gehen zwei wichtige Einsichten verloren: Erstens macht die ökonomische Theorie Aussagen über Zusammenhänge, die erst dann, wenn sie von Politiker aufgegriffen und in Entscheidungen (deren Hintergrund meist Interessen und Macht sein dürften) umgesetzt werden, auch reale Wirkung erlangen. Und zweitens werden auf diesem Weg die komplexen theoretischen Analysen von Ökonomen unterschätzt<sup>4</sup>, bleiben wichtige theoretische Weiterentwicklungen unbeachtet und werden auch heterodoxe, anschlussfähige Ansätze in der Ökonomik wie in der Soziologie negiert.

Dabei sei eingeräumt, dass die Soziologie im Unterschied zur Ökonomik, die sich aus der Staats- und Finanzwissenschaft entwickelt hat, vor allem durch die krisenhaft verlaufenden sozialen Umbrüche Ende des 19. Jahrhunderts als Krisenwissenschaft entstanden ist. Die Soziologie hat sich denn auch von Anfang an – von wenigen Ausnahmen abgesehen –, vor allem auf moralisch-kulturelle Um- und Zusammenbrüche und die Frage nach dem sozialen Band von Gesellschaft konzentriert. Während also die Ökonomik die vorteilhafte Gestaltung der Wirtschaft im Blick hat und dafür im Markttausch auch einen wichtigen Mechanismus findet, hat die Soziologie sich vor allem als Expertin für soziale Krisen und für eine Integration mittels Normen, Moral und Herrschaft entwickelt.

Die frühen Sozioökonomien Max Weber, J. Alois Schumpeter und Werner Sombart fallen etwas aus dem Bild, da sie noch Wirtschaft – Gesellschaft – Politik in ihren Zusammenhängen verstehen und dabei vom Handeln der Einzelnen ausgehen wollten. Sie haben daher auch eine integrative Sozial- oder Politökonomie angestrebt und betrieben, welche auf der einen Seite von den Handlungsgründen und -fähigkeiten der Individuen ausgeht und auf der anderen Seite die verschiedenen institutionellen Gestaltungsmöglichkeiten des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhandelns analysiert. Ihr Anliegen war, wissenschaftlich begründete Vorschläge für die Praxis zu machen und Werturteile als solche zu kennzeichnen. Die so angelegten empirisch-institutionellen Analysen standen damit von jeher neo-marxistischen Gesellschafts- und Revolutionstheorien ebenso wie normativen Makroanalysen entgegen. Ihre Bedeutung liegt bis heute darin, Wirtschaft und Gesellschaft als institutionelle Zusammenhänge zu begreifen, in denen Markt und Hierarchie zusammentreffen.

4 An dieser Stelle sei nur auf die häufig sehr verkürzte Rezeption von Adam Smith als reinem Marktpologeten hingewiesen, wodurch sowohl sein Plädoyer für eine staatliche Rahmung als auch sein komplexes Handlungsmodell negiert werden.

Im 20. Jahrhundert ging dieser Zugang mehr und mehr verloren und auch marxistische Krisendiagnosen erlebten nach dem Zusammenbruch der real-sozialistischen Länder ein vorläufiges Ende. Innerhalb der Soziologie kam es an der Wende zum 21. Jahrhundert zu einer umfassenden Theoriedebatte, in der das Ungenügen an reinen Strukturtheorien und auch der Annahme der moralisch-normativen Integration von Gesellschaften umfassend behandelt wurde. Da soziale Strukturgesetze nicht aufzufinden waren und sich auch die Krisen- und Verelendungsthese von Marx in den westlichen Gesellschaften nicht bestätigt hatte, wird seither vermehrt an Erklärungen gearbeitet, die das soziale Zusammenleben aus den Vorstellungen und Handlungen der Individuen zu erklären suchen. Das hat dazu geführt, dass sich die deutschsprachige Soziologie an der Wende zum 21. Jahrhundert kaum mehr mit Wirtschaftsanalysen beschäftigt, geschweige denn etwas zum Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu sagen gehabt hätte. Selbst die sozialen Grundlagen wirtschaftlicher Strukturen und Prozesse wie Zeit-, Raum- oder Rationalitätskonzepte wurden in der Soziologie nicht oder doch kaum mehr behandelt. Und (kritische) Kapitalismusstudien waren schon im 20. Jahrhundert mehr und mehr von (unkonventionellen) Ökonomen wie Kenneth Galbraith, Albert Hirschman oder auch von John Maynard Keynes übernommen worden.

So verwundert es nicht wirklich, dass die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunächst einmal kritische Reaktionen innerhalb der ökonomischen Theorie hervorgerufen und dort zu umfassenderen Reflexionen Anlass gegeben hat (vgl. etwa Caspari/Schefold 2011). Soziologinnen und Soziologen standen mit »leeren Händen« da und konnten in der ersten Runde allenfalls mit den altbekannten Einwänden gegen den zu hohen Abstraktionsgrad und das falsche Menschenbild der Standardökonomik und der Neuen Institutionenökonomik aufwarten. Selbst die ausgehend von den USA wieder begründete (neue) Wirtschaftssoziologie war keineswegs gut gerüstet gewesen, um die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu bearbeiten. Die neue Wirtschaftssoziologie bekam vielmehr zu spüren, dass sie sich weitgehend von den klassischen Fundamenten der Sozio- und der Politischen Ökonomie gelöst etabliert und sich als eine Soziologie der Wirtschaft positioniert hatte, die vor allem tauschstabilisierende Effekte sozialer Beziehungen, Netzwerken und Institutionen untersucht (vgl. Smelser/Swedberg 2005). Erst seit kurzem finden sich auch dort umfassendere Bemühungen, die Krisenanfälligkeit, den Rationalitätsgrad oder auch die wohlfahrtsfördernden Effekte von Wirtschafts- und Gesellschaftsformen als Resultate institutioneller Einbettungen oder sozialer Verflechtungen zu interpretieren.

### 3 Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus: Wolfgang Streeck

Mit der Veröffentlichung seiner 2012 in Frankfurt gehaltenen Adorno-Vorlesungen, die gut begleitet vom Suhrkamp Verlag erfolgte, hat Wolfgang Streeck einen im übertragenen Sinne gewichtigen Beitrag – das Buch umfasst real gute 260 Seiten – zur soziologischen Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftskrise beige-steuert. Das Anliegen von Streeck ist die Behandlung der »Finanz- und Fiskalkrise des demokratischen Kapitalismus der Gegenwart im Lichte der Frankfurter Krisentheorien der späten 1960er und frühen 1970er Jahre« (9). Das Zitat benennt als Begriff den »demokratischen Kapitalismus« und als zentralen theoretischen Bezug die Kapitalismusanalyse der »Frankfurter Schule« im Zeichen der Legitimationskrise des »Spätkapitalismus«. Streeck grenzt sich damit denn auch von anderen Schulen der Soziologie und insbesondere von der ökonomischen Theorie ab, die für ihn allgemein mit Methodologischem Individualismus und in Person mit Friedrich von Hayek in eins gesetzt wird (225). Standardökonomik und Institutionenökonomik – ebenso wie erklärende Ansätze in der Soziologie oder die public choice Theorie in der Politikwissenschaft – scheinen für Streeck gleichbedeutend mit Neoliberalismus und daher rundum falsch und politisch verwerflich zu sein. Viel Feind viel Ehr, so könnte man Streeck strategisch-politisch in seiner Abwehr der ökonomischen sowie auch von großen Teilen der soziologischen und politischen Theorie lesen. Es ist aber doch mehr: Zwischen den Zeilen und in manchem Zitat, etwa den positiven Bezügen auf Emile Durkheim und den negativen Abgrenzungen von Max Weber (z.B. 95) wird überdeutlich, dass Streeck die Soziologie als Makrosoziologie und im Sinne einer politischen Ökonomie betreiben will, wie sie methodologisch bei Marx und Durkheim vorgezeichnet ist. Dabei grenzt sich Streeck jedoch auch gegen beide ab, indem er die Annahme sozialer Strukturgesetze ablehnt (11) und stattdessen konkrete historische Entwicklungen als pfadabhängige und sprunghafte Verlaufsdynamiken rekonstruiert.

Konkret geht es ihm in diesem Buch um die kurze Geschichte der kapitalistisch-demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis nach dem Zweitem Weltkrieg.<sup>5</sup> Deren Aufbau und Verlauf beschreibt er in statistischen Makrodaten und interpretiert sie entlang eines Entwicklungspfades als aufgeschobene Krise anhand von vier typischen Politiken und teilweise parallel verlaufenden Sequenzen, die sich wechselseitig verstärken, was eigentlich stark an Webers Erklärungsfigur in der Protestantischen Ethik erinnert. Er beginnt mit dem Ende des Systems von Bretton-Woods<sup>6</sup> und den darauf folgenden Phasen steigender Inflation und da-

5 Bekannt geworden ist Streeck durch seine älteren Arbeiten zur deutschen Form der Mitbestimmung bzw. zum Modell Deutschland (s. dazu auch das Literaturverzeichnis im vorliegenden Buch).

6 Bretton Woods war wesentlich durch die hohen Kriegsausgaben und die Überschuldung der USA nach dem Zweitem Weltkrieg als Ergebnis rivalisierender politischer Interessen (USA contra UK) und wissenschaftlicher Positionen (Keynes contra White) bedingt gewesen. Es sieht feste – nur in einem geringen Maße durch die beteiligten Staaten veränderbare – Wechselkurse und insbesondere deren Bindung an Goldreserven bzw. den Dollar vor. Dieses System fester Wechselkurse wurde nicht zuletzt wegen der Unvereinbarkeit der drei geldpolitischen Ziele und den Restriktionen der Gold- und Dollarbindung wieder aufgegeben.

durch generierter Haushaltsdefizite und einer wachsenden Schuldenfinanzierung der nationalstaatlichen Haushalte. Folge davon ist eine globale »Deregulierung« (Neoliberalismus) der Finanzmärkte und die Finanz- und Fiskalkrise von 2008 (13). Gesellschaftspolitisch gehen damit die materielle Grundlage und der darauf beruhende demokratische Konsens der Wachstumsgesellschaft verloren. Weder sind die über Inflation und Pump finanzierten sozialen Errungenschaften (gesicherte Beschäftigung, steigende Löhne, verbesserte Arbeitsbedingungen) noch die Zustimmung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere der überwiegende Teil der Arbeiterschaft, weiterhin einfach zu haben. Vielmehr sieht Streeck einen evolutionären und dialektischen Prozess von »Finanzialisierung und Liberalisierung«, der zur Auflösung des »demokratischen Kapitalismus« führt. Der »demokratische Kapitalismus« hat sich Streeck zufolge 40 Jahre lang erfolgreich Zeit kaufen können, ist aber mit seiner Politik nunmehr am Ende. »Jeder Sieg über die Krise wurde über kurz oder lang zum Vorspiel der neuen Krise« (16). Diese Fähigkeiten des demokratischen Kapitalismus, sich selbst zu stabilisieren, scheinen nach Streeck nun am Ende und dieser daher in seinen letzten Zügen zu liegen (16).

»Die gegenwärtige Finanz-, Fiskal- und Wirtschaftskrise ist, wie ich gezeigt habe, der vorläufige Endpunkt der langen neoliberalen Transformation des Nachkriegskapitalismus. Inflation, Staatsverschuldung und Privatverschuldung waren zeitweilige Notbehelfe, mit denen demokratische Politik den Anschein eines Wachstumskapitalismus mit gleichen materiellen Fortschritten für alle oder gar allmählicher Umverteilung von Markt- und Lebenschancen von oben nach unten aufrechterhielt« (225).

Was macht die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Analyse von Streeck aber nun so interessant? Es ist nach meinem Dafürhalten die Figur des in sich widersprüchlichen »demokratischen Kapitalismus«, der es in der beschriebenen Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit vermocht hatte, sich mit Hilfe einer staatlich forcierten Inflations- und Verschuldungspolitik (s. Abb. 71f.; 83) und einer Liberalisierung der Märkte zu behaupten und ein demokratisches Gesicht zu bewahren. Die Stärke des Buches liegt weniger in den Beschreibungen der wirtschaftlichen Effekte als in der These eines parallel verlaufenden Rückgang des Sozialstaates und der demokratischen Einbindung der Bürger (87ff.). Politisch zugespitzt findet sich dies bei Streeck in der Entgegensetzung von sozialer Gerechtigkeit und Marktgerechtigkeit.

Für politisch Interessierte ist die vorgelegte Analyse daher hoch anschlussfähig. Nicht nur wird für den »demokratischen Kapitalismus« der Nachkriegsära in Anspruch genommen, dass dort noch Marktgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zugleich institutionalisiert waren (91). Es wird für soziale Verteilungen bzw. Gerechtigkeitskriterien und gegen Marktverteilungen argumentiert, ohne dass grundsätzlich diskutiert werden würde, wie sozial definierte Verteilungen zustande kommen und wie sie auch Akzeptanz finden könnten. Die vorhandenen Diskussionen um Gerechtigkeitskriterien und über die Probleme kollektiver Entscheidungsfindung finden keinerlei Eingang. Das Credo ist vielmehr, dass sozial definierte Gerechtigkeitsvorstellungen einer dezentralen Marktverteilungsregel überlegen sind. Verallgemeinert bedeutet dies, dass ein demokratisch eingegerter Kapitalismus als Wirtschaftsform zu präferieren wäre. Also: keine grundsätzliche Systemkritik

am Kapitalismus, sondern ein Plädoyer für Verteilungen der im kapitalistischen Wirtschaftsprozess hervorgebrachten Resultate entlang kollektiver Fairness- oder Gerechtigkeitsvorstellungen, gerahmt durch demokratische Institutionen.<sup>7</sup>

Streeck tritt normativ begründet für sozial festgelegte Verteilungen ein, ohne zu klären, welche »Prinzipien« und »Legitimationsargumente« für sozial vereinbarte Verteilungen sprechen könnten. Vielmehr scheint die von ihm vertretene politische Ökonomie grundsätzlich für politische Regelungen zu sprechen, welche demokratisch definiert die Marktentscheidungen korrigieren und daher »inkrementelle Reformen der politisch-ökonomischen Institutionen« (96) generell notwendig sind. Konkrete Maßnahmen sehen eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, unabhängige Zentralbanken (die im Übrigen längst auch schon von Ökonomen und Ordnungspolitikern gefordert werden), eine von Experten beratene Wirtschaftspolitik (ein alter Vorschlag von Schumpeter), verfassungsmäßige Schuldenbremsen und eine von Wahlen weitgehend losgelöste Finanzpolitik (96) vor. Im letzten und dritten Teil des Buches wird bezogen auf die aktuelle Euro-Diskussion konkret für die Wiedereinführung der »Institution« der Abwertung und die Auflösung der europäischen Währungsunion gefochten. Nach Streeck sollten die einzelnen Nationalstaaten – wie einst im Bretton Woods-System – so wieder in einem gewissen Rahmen ihre eigene Währung abwerten und sich gegenüber wettbewerbsstärkeren Konkurrenten (zumindest kurzfristig) auf den Märkten behaupten können. Hilfe für Europa versprechen eine »lockere Kopplung« der Währungen, die Abschaffung der Einheitswährung »Euro« und »Kapitalverkehrskontrollen« (253). Als politisches Manifest liest sich das dann so:

»Die Forderung nach einem Rückbau der Währungsunion als eines gesellschaftlich rücksichtslosen technokratischen Modernisierungsprojektes, das die Staatsvölker, die das real existierende europäische Volk bilden, politisch enteignet und wirtschaftlich spaltet, erscheint als demokratisch plausible Antwort auf die Legitimationskrise einer neoliberalen Konsolidierungs- und Rationalisierungspolitik, die sich selbst für alternativlos hält.« (254f.).

#### 4 Ein gesellschaftspolitisch ambitioniertes Werk mit Schwächen

Das Buch »Die gekaufte Zeit« hat wie schon lange kein soziologisches Buch mehr die Öffentlichkeit und auch die eigene Disziplin beschäftigt. Das liegt sicher zu einem guten

7 Streeck möchte eine durch demokratische Institutionen erfolgende Nachsteuerung von Marktergebnissen. Über Märkte vorgenommene Bewertung individueller Leistungen lehnt Streeck ab und daher auch die Standardökonomik und von Hayek (91ff.). Aber auch Max Weber fällt unter dieses Verdikt, da dieser den Kapitalismus wegen der dort erzielten formalen Rationalität bevorzugt. Diese resultiert nach Weber gerade daraus, dass auf dem Markt Preise gesetzt werden, an denen sich die Unternehmer planbar und verlässlich in ihren Entscheidungen orientieren können. Im Übrigen hat Max Weber auch die Position vertreten, dass Verteilungsfragen keine objektive Grundlage haben könnten, sondern immer Werturteile darstellen und daher eine Frage des individuellen Gewissens und nicht der wissenschaftlichen Analyse seien (Weber 1988/1918: 509).

Teil an der sehr gelungenen Präsentation und dem Anschließen an aktuelle Diskussionen. Das liegt nach meiner Einschätzung aber auch daran, dass es Wolfgang Streeck gelingt, an die polit-ökonomische Tradition anzuschließen und gesamtwirtschaftliche Prozesse wie die derzeitige Krise mit Bezug auf Gesellschaft und Politik zu analysieren. Darüber hinaus dürfte Wolfgang Streeck auch viele politisch Interessierte ansprechen, die gleichermaßen die klare Darstellung komplexer Zusammenhänge wie auch die politisch-normativen Empfehlungen begrüßen dürften. Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit ist immer willkommen! Und Bestseller müssen politische Stimmungen einfangen, Betroffenen artikulieren und greifbare Denkfiguren und Auswege anbieten. Alle drei Bedingungen erfüllt die in »Die gekaufte Zeit« vorgelegte Krisendiagnose. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 50 bis 60 Jahre wird gekonnt und spannungsreich als »aufgeschobene« Krisendynamik beschrieben, die wesentlich durch die Entschärfung sozialer Konflikte durch Inflation und Staatsverschuldung erkaufte wird. Das erlaubt eine einfache politische Empfehlung: die »Wiedereinbindung« der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, in demokratische Institutionen und eine umfassende staatliche Geld- und Währungspolitik.

Drei Schwächen wohnen der Argumentation inne. So vermag erstens die reine Darstellung von Makroprozessen und deren Illustration mit statistischen Makrovariablen, keine Erklärung für die dargestellten Prozesse und deren sowohl verstärkende als auch dialektischen Verläufe zu geben. Es bleibt über weite Strecken ungeklärt, wer die Prozesse vorantreibt und wie die institutionellen Rahmungen wirken. Es ist ein von Handelnden – Politikern, Unternehmern, Arbeitnehmern – weitgehend freies Bild der Wirtschaft, in dem Inflation und Verschuldung einfach so zu wirken scheinen und Daten auf der Mikro- und Mesoebene entbehrlich sind.

Zweitens fällt auf, dass inzwischen hinlänglich diskutierte Alternativen zum Markt, etwa die formale Organisation, Herrschaft, Gruppenprozesse und auch deren Mischformen, überhaupt nicht vorkommen. Das dürfte insgesamt den – leider nicht explizit eingeführten und auch nicht näher begründeten – methodologischen Festlegungen von Streeck zuzuschreiben sein. Vor allem seiner Festlegung auf Makrosoziologie und die völlige Ablehnung von Rückbezügen auf das Handeln der Menschen im Sinne des methodologischen Individualismus bzw. Institutionalismus. Damit vergibt sich Streeck die Chance, die bei Max Weber bereits gut dargestellte Form historisch-empirischer Erklärungen zu nutzen. Weber hat in der Protestantische Ethik vorgeführt, wie die Individuen angesichts spezifisch-historischer Kontexte regelmäßige Handlungsweisen entwickeln, die in der Wirtschaft nachhaltige strukturelle Effekte hervorrufen, ohne dass dies einem Makroplan noch der rationalen Entscheidung eines oder mehrerer Individuen folgen muss.

Drittens führt die Mischung von normativen und wissenschaftlichen Aussagen zu einem starken impliziten Normativismus. Das hat zur Folge, dass wertende Annahmen nicht offengelegt, zugrundeliegende methodologische Prämissen und Postulate nicht hinterfragt und Werturteile in der wissenschaftliche Analyse transportiert werden, die weder Außenstehenden sofort erkenntlich sind, noch immer geteilt werden müssen. Am deutlichsten kommt dies bei der Entgegensetzung von Demokratie und Markt zum



Tragen, wo Wolfgang Streeck alle kritischen Diskussionen über die Bedingungen und das Funktionieren von Demokratie und kollektiven Entscheidungsprozessen vollständig ausblendet und einem theoretisch längst überholten romantischen Bild von der Demokratie als der idealen Form von Abstimmung huldigt. Weder verweist er auf die einschlägigen Arbeiten von Schumpeter – immerhin hat dieser ja die Schwächen und Stärken der demokratischen Form mit Blick auf Sozialismus und Kapitalismus verhandelt – noch auf die reiche Literatur zu Fragen der Demokratieentstehung. Es scheint ihm vielmehr daran gelegen zu sein, dem »Idealbild« des Marktes, wie er sie bei Ökonomen wie Smith und v. Hayek zu erkennen vermeint, ein ebensolches »Ideal« der Demokratie entgegenzusetzen. Das hat politische und ökonomische Verzerrungen zur Folge, denn nur deshalb sind mit Wolfgang Streeck alle Formen von politisch und sozial nicht geregeltem Tausch und Markt »verhängnisvoll« und krisengenerierend, ohne dass gesagt werden würde (könnte), wie denn demokratische Institutionen beschaffen sein sollten, welche etwa die von ihm selbst geforderte, von Wahlen losgelöste Finanzpolitik etablieren könnten. Dass demokratische Institutionen hoch voraussetzungsvoll und nicht frei von Störungen sind, z.B. immer den Schutz von Minderheiten eigens sichern müssen, bleibt außen vor.

Was angesichts des thematischen Zuschnitts und auch des politischen Anliegens nicht zuletzt auch überrascht und etwas enttäuscht, ist, dass durchweg alle Möglichkeiten ausgeschlagen werden, an neue Einsichten und Entwicklungen sowohl der ökonomischen als auch der soziologischen Theorie anzuschließen und die eigene Position im Kontext anderer Wirtschafts- und Marktanalysen zu verorten und einer kritischen Prüfung zuzuführen. Die vorgelegte Skizze und Bewertung der ökonomischen Theorie fällt viel zu unscharf und unnötig kantig aus. Wer politische Ökonomie sagt, sollte auch die von verschiedenen Ökonomen vorgelegten Erklärungen und Analysen differenziert wahrnehmen und nicht allein auf eine zudem sehr verengte Rezeption von Friedrich von Hayek als Maßstab zurückgreifen. Streeck übersieht dabei, dass Hayek die Aufgabe von Märkten umfassender in der Gesellschaft zu bestimmen versucht hat, nämlich angesichts von Ungewissheit neue Wege entdecken zu helfen, um das Wirtschaften im Sinne der Menschen verbessern zu können (Hayek 1967). Und er negiert auch alle kritischen und heterodoxen Ansätze in der politischen Ökonomie wie z.B. Kenneth Galbraith, Paul Sweezy oder Albert Hirschman. Den im besten Sinne aufklärerischen Teil der ökonomischen Theorie schiebt Streeck so unbesehen zur Seite. Ja, er findet es nicht einmal der Erwähnung wert, dass innerhalb der ökonomischen Theorie mit der Institutionenökonomik, der Ordnungsökonomik oder auch der Verhaltensökonomik längst Marktversagen und Grenzen des Marktes erfasst werden.

Wolfgang Streeck hat ein Buch vorgelegt, das als eigenständige Position zwischen den »Krisenszenarien« der Neo-Marxisten und dem »positiv-rationalen Gestaltungsanspruch« der Neuen Institutionentheorien in der Soziologie und der Ökonomik gelesen werden kann. Wolfgang Streeck unternimmt dabei den Versuch, die Wirtschaft wieder als ein gesellschafts-politisches Projekt zu entdecken, bleibt aber mit seinem Lösungsvorschlag in den Grenzen der Wechselkurspolitik der 1970er Jahre stecken. Seinem Ansinnen einer sozialkritischen, durchaus normativen Wertung wird daher wohl eher in der

etablierten demokratischen Politik denn in der wissenschaftlichen Debatte um Steuerungsformen der Wirtschaft ein offenes Ohr zukommen.

## Literatur

- Brie, Michael (2013): »Vorwärts in die Vergangenheit? Wolfgang Streecks verfehlte Wiederentdeckung der marxistischen Kapitalismuskritik«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7, S. 59-71.
- Caspari, Volker/ Schefold, Bertram (Hg.) (2011): *Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft?* Frankfurt/Main: Campus Verlag.
- Hayek, Friedrich August von (1969): »Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren«. In: Ders.: *Freiburger Studien* (Vortrag gehalten 1967). Tübingen: Mohr Siebeck, S. 249-265.
- Herzog, L./Honneth, A. (2014): *Der Wert des Marktes*. Berlin: StW.
- Kromphardt, Jürgen (2004[1979]): *Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus*. 4. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (UTB).
- Marx, Karl (1867): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. MEW 13. Berlin: Dietz.
- Pierenkemper, Toni (2012): *Geschichte des ökonomischen Denkens. Große Ökonomen und ihre Ideen*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (UTB).
- Schumpeter, Joseph A. (1993 [1942]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 7. Aufl., amerik. Orig. 1942, Tübingen und Basel: Francke.
- Smelser, Neils J./Swedberg, Richard (Hg.) (2005): *The Handbook Of Economic Sociology*. 2. Aufl., Princeton: Princeton University Press.
- Weber, Max (1988 [1918]): »Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften«. In: Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. 7. Aufl., Tübingen: Mohr (Siebeck), S. 489-540.

### *Anschrift:*

Andrea Maurer  
Professur für Arbeits-, Organisations- und Unternehmenssoziologie  
Universität Trier, FB IV  
54286 Trier  
andrea.maurer@uni-trier.de